

Streit um eine Asylreform

Thorsten Frei, Parlamentarischer Geschäftsführer der Unionsfraktion, will das Asylrecht ändern.

Was denken Parteifreunde, politische Gegner und ein Sozialethiker darüber? VON SEBASTIAN SASSE

Alle Umfragen belegen es: Die Migrationspolitik ist das Thema, das den Bürgern am meisten auf den Nägeln brennt. Vor wenigen Tagen hat Thorsten Frei (CDU), der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Vorschläge zu einer Reform des Asylrechts gemacht. Sofort gab es viel Kritik, hier werde Hand angelegt an die Wurzeln des deutschen Asylrechts. Es gab auf der anderen Seite Lob für einen neuen Pragmatismus. Was fordert nun Frei genau und wie werden seine Ideen bewertet? Die Tagespost fragte nach bei einem Parteifreund, einem politischen Gegner und einem katholischen Sozialethiker.

Zunächst aber hat Frei seine Vorschläge noch einmal gegenüber dieser Zeitung skizziert: „Zwischen Anspruch und Wirklichkeit klafft im Asylrecht ein tiefer Graben. Einerseits gestalten wir das Asylrecht als Individualrecht ohne Obergrenze aus. Andererseits tun wir viel dafür, dass möglichst wenige ihr Recht in Anspruch nehmen, weil wir eine unbegrenzte Aufnahme auch gar nicht leisten können – denn was die öffentliche Infrastruktur angeht, ist Deutschland bereits heute überfordert“, beschreibt der Christdemokrat die Lage. „Damit möglichst wenige Menschen ihr Recht in Anspruch nehmen, knüpfen wir es an die Voraussetzung eines Antrages in Europa. Wir initiieren damit einen viel zu oft tödlichen Wettlauf, in dessen Rahmen nur eines gilt: Wer zu alt, zu schwach, zu arm oder zu krank ist, ist chancenlos. Er kann sich nicht auf den Weg über das Mittelmeer oder durch die Sahara machen. Es gilt das Recht der Stärkeren. Frauen und Kindern sind faktisch vom Asylrecht ausgeschlossen.“ Und fügt hinzu: „Doch nicht nur mit Blick auf die Antragsteller entfaltet unser Recht eine inhumane Wirkung. Mit der ungesteuerten Migration verbinden sich Sicherheitsrisiken und Integrationsprobleme. Hinzu kommt, dass es in Europa kaum mehr gelingt, zwischen Schutzbedürftigen und Wirtschaftsmigranten zu trennen. Wer es einmal nach Europa geschafft hat, sucht sich heute sein Aufenthaltsland frei aus und kann bleiben, gleichgültig ob er schutzbedürftig ist oder aus ökonomischen Gründen illegal einwandert.“ Freis Schlussfolgerung



Die Migrationspolitik treibt die Bevölkerung um wie kaum ein anderes politisches Thema.

Foto: dpa

aus dieser Diagnose: „Europa kann nur dann die Kontrolle zurückerlangen, wenn es sein Asylrecht umbaut. Eine Antragstellung in Europa sollte nicht länger möglich und der Bezug von Sozialleistungen und Arbeitsmöglichkeiten umfassend ausgeschlossen sein. Stattdessen sollte Europa jährlich ein Kontingent von 300 000 oder 400 000 Schutzbedürftigen direkt aus dem Ausland aufnehmen. Mit einem solchen Asylrecht könnten wir uns an die Schwächsten wenden. Kontingentlösungen hätten zudem den Vorteil, dass Sicherheitsrisiken minimiert, die Chancen für eine Integration maximiert und den Staaten ein planbarer Ressourceneinsatz ermöglicht würde. Die illegale Migration wäre unterbunden. Die Voraussetzung für all das wäre, dass Europa sich ehrlich macht. Seine Prognose: „Wenn wir nicht handeln, wird die Unterstützung für unser Asylrecht immer weiter erodieren.“

Lars Castellucci sieht die Thesen von Frei kritisch. Der Sozialdemokrat ist Sprecher seiner Bundestagsfraktion für Migration und Integration. Der Protestant ist zudem auch Beauftragter für Kirchen und Religionsgemeinschaften der SPD im Parlament: „In der Flüchtlingspolitik dürfen wir nicht auf Barrieren und Abschreckung setzen, sondern brauchen geordnete Verfah-

ren und legale Wege der Migration. Humanität und Ordnung gehören immer zusammen“, betont er gegenüber dieser Zeitung. „Herr Frei will das Asylrecht abschaffen. Das widerspricht unserem Grundgesetz und das lehnen auch zwei Drittel der Deutschen ab. Gut so. Aber es gibt unendlich viel zu verbessern, dass Menschen nicht auf der Flucht sterben, dass sie sichere Wege finden, dass Menschen, die Arbeit suchen, auch dafür mehr Möglichkeiten in Europa bekommen anstatt sich Schleppern anzuvertrauen. Dafür braucht es Kooperation mit Herkunftsländern, bessere Information, bessere Zusammenarbeit in Europa und auch bessere Unterstützung beim Ankommen und Hereinkommen in unsere Gesellschaft.“ Als Aufgabenfelder benennt Castellucci: „Arbeit, Sprache, Bildung, Begegnung von Tag 1 an.“ Und versichert: „Daran arbeitet die Koalition.“

Asylpolitik mit Augenmaß

Große Zustimmung erfährt Frei hingegen von seinem Fraktionskollegen Klaus-Peter Willsch. Der hessische CDU-Bundestagsabgeordnete ist einer der Sprecher des „Berliner Kreises“ und so einer der Wortführer konservativer Abgeordneter in der

Fraktion. Freis Initiative sei begrüßenswert, besonders die Idee des Kontingents. „300 000 bis 400 000 Flüchtlinge, das wäre ein bemerkenswerter Fortschritt in Anbetracht der Prognose von rund 300 000 Flüchtlingen allein für Deutschland in diesem Jahr. Aus dem Individualrecht auf Asyl würde so eine Institutsgarantie. Eine Antragstellung auf europäischem Boden wäre nicht länger möglich, der unsäglichen Vermischung von Asylrecht und illegaler Wirtschaftsmigration wäre damit ein Riegel vorgegeben“, erläutert er gegenüber dieser Zeitung. Und auch Willsch betont, dass dies zu einem „Mehr an Humanität“ führen würde. Denn: „Die gegenwärtigen Regelungen begünstigen solche Migranten, die körperlich in der Lage und finanziell potent genug sind, illegal nach Europa einzureisen.“ Und Willsch denkt noch weiter: „In Kombination mit dem Vorschlag Markus Söders, die gewährten Gratisleistungen für Flüchtlinge zu reduzieren, könnte dieser Ansatz den Weg zu einer kohärenten europäischen Lösung für das drängende Migrationsproblem ebnen, das unsere Gemeinden als Unterbringungspflichtige kaum noch leisten können. Sollte es darüber hinaus gelingen, die konsequente Rückführung ausreisepflichtiger Individuen zu gewährleisten, könnte Europa endlich zu einer Asylpolitik

mit Augenmaß zurückfinden.“

Was sagt die katholische Sozialethik? Für Peter Schallenberg, Direktor der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle, zielen Freis Vorschläge nicht auf eine grundsätzliche Abschaffung des Grundrechts auf Asyl ab. Es gehe um die praktische Anwendung. „Aus humanitären Gründen sind beispielsweise mindestens ein Drittel der afghanischen Bevölkerung asylberechtigt, und ähnlich sieht es für viele andere Staaten aus, nicht zuletzt der Subsaharazone; der Wahnsinn einer praktischen Umsetzbarkeit dieses Rechtes liegt auf der Hand“, so Schallenberg gegenüber dieser Zeitung. Als das individuelle Grundrecht auf Asyl formuliert und aufgestellt wurde, sei an solche Zustände nicht zu denken gewesen. Schallenberg betont daher: „Ich halte den Vorschlag von Thorsten Frei für vollkommen vereinbar mit den Grundsätzen der katholischen Soziallehre.“

Denn: „Ein bloßes Gutmenschen-tum ist wohlfeil, bringt aber keine Fortschritte bei einer politischen und humanitären Umsetzung des Grundrechts auf Asyl. Dieses Grundrecht soll keineswegs abgeschafft, sondern nur anders organisiert werden. Ich sehe nicht, warum dies einer humanitären und von christlicher Sozialethik durchtränkten Asylpolitik widersprechen sollte.“